

NachrichtenMix

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **103 (2006)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zürich: Schulden verhindern

Das Zürcher Kantonsparlament verlangt konkrete Massnahmen gegen die Überschuldung. Es hat ein entsprechendes Postulat an den Regierungsrat überwiesen. Ein Bericht soll klären, welche Angebote nötig sind, damit Betroffene ihre Probleme früher angehen. Jugendlichen und jungen Erwachsenen gilt dabei ein besonderes Augenmerk. Die Initiantinnen und Initianten sind alarmiert, weil 25 Prozent dieser Altersgruppe verschuldet sind. Es brauche deshalb neue, auf diese Gruppe zugeschnittene Beratungs- und Präventionsangebote, schreiben sie im Postulat. (mb)



Schuldenfalle: Wenn die Bedürfnisse grösser sind als die Mittel.

Bild: Keystone

Basel: Projekt für Soziale Integration startet

Wer sich in der Freiwilligenarbeit engagiert und Sozialhilfe bezieht, hat Anrecht auf eine Integrationszulage (IZU), so sehen es die neuen SKOS-Richtlinien vor. Damit auch genügend Einsatzplätze zur Verfügung stehen, hat die Stadt Basel ein Pilotprojekt geschaffen, das jetzt im Aufbau ist. Sozialhilfebeziehende

sollen in der Stadt das Gemeinwesen unterstützen und Tätigkeiten von allgemeinem Interesse verrichten. Das Projekt ist als Ergänzung zu den bestehenden Angeboten im Bereich der Arbeitsintegration zu verstehen und richtet sich an Menschen, für die der direkte Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist. (mb)

5. IV-Revision: Gemeinden sind skeptisch

Die Gemeinden befürchten, dass die 5. IV-Revision eine massive Kostensteigerung in der Sozialhilfe zur Folge hat. Der Schweizerische Gemeindeverband hat deshalb zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband und der Städteinitiative bei der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrats interveniert. Eine Verlagerung der Kosten vom Bund auf die Kantone und Gemeinden sei weder sozialpolitisch sinnvoll noch finanzpolitisch tragbar, kritisieren die Kommunalverbände. (pd)

Erweiterte IIZ

Die Versicherer von Krankentaggeldern und die IV spannen zusammen. Ihr Ziel ist, kranke Personen möglichst rasch in den Arbeitsprozess zurückzuführen. Der Versicherungsverband, der Krankenkassenverband Santésuisse, das Bundesamt für Sozialversicherung und die kantonalen IV-Stellen haben deshalb eine Vereinbarung getroffen, die eine bessere Zusammenarbeit vorschreibt. Da die Versicherungen früher von Krankheitsverläufen wissen, die zu einer Invalidität führen können, sollen diese die IV-Stellen möglichst frühzeitig informieren. Ausserdem soll die Zusammenarbeit durch standardisierte Formulare vereinfacht werden. Letztlich gehe es darum, Mehrfachabklärungen und unproduktive Lastenverschiebungen zu verhindern. (pd)

Deutscher Verein

Ein Jubiläumsfest endet mit Alarm

Der Deutsche Fürsorgeverein hat in Berlin sein 125-jähriges Bestehen gefeiert – und wurde von der Geschichte eingeholt.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Berlin hat am 8. Dezember 2005 seinen 125. Geburtstag gefeiert. Die deutsche Schwesterorganisation der SKOS wurde am 27. November 1880 in Berlin gegründet.

In seiner Ansprache wies der deutsche Bundespräsident Horst Köhler darauf hin, dass im deutschen Sozialhilfegesetz 1961 der Begriff der Fürsorge durch Sozialhilfe ersetzt worden ist. Trotzdem habe der deutsche Verein seinen Namen zu Recht nicht geändert, denn «die Grundlage des Sozialstaates sind Menschen, die füreinander sorgen», so Köhler. Nicht über die Solidarität, aber über die Begrifflichkeit lässt sich streiten. So hörte man am Jubiläums-Anlass häufig ähnliche Definitionen wie heute auch in der Schweiz gebraucht werden: fördern und fordern, Rechte und Pflichten, Anreize schaffen.

Die neue Bundesministerin für Soziales, Ursula von der Leyen, beendete ihr Referat, indem sie auf drei Aspekte der familiären Sozialpolitik hinwies: Kinderlosigkeit, Ausgrenzung der älteren Generation und Unvereinbarkeit zwischen Beruf und Familie.

Dann wurde der Deutsche Verein abrupt von der Geschichte eingeholt: Arbeiter hatten bei Bauarbeiten vor dem Haus eine 20-Zentner-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Die Jubiläumsfeier musste vorzeitig abgebrochen und der Festsaal geräumt werden. Das ganze Quartier wurde zwangsgeräumt.

Ueli Tecklenburg
Geschäftsführer SKOS